Gereon Flümann (Hrsg.)
Umkämpfte Begriffe

Schriftenreihe Band 10024

Gereon Flümann (Hrsg.)

Umkämpfte Begriffe

Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

Bonn 2017

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Inhalte der zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen.

Projektkoordination: Gereon Flümann
Lektorat/Redaktion: Eik Welker/Gereon Flümann

Umschlaggestaltung und Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Umschlagfoto: © peter marlow/Magnum Photos/Agentur Focus
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH& Co.KG, Frankfurt/Main

ISBN 978-3-7425-0024-3

www.bpb.de

Inhalt

HANNE WURZEL
Vorwort 7

GEREON FLÜMANN
Einleitung
Umkämpfte Begriffe – Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus 9

EIKE-CHRISTIAN HORNIG
Drei Entwicklungspfade zu einem Grundbegriff von Demokratie 15

CAS MUDDE
Politischer Extremismus in Europa 35

ULRICH SARCINELLI
Sprache und Kommunikation im politischen Diskurs 59

UWE BACKES
Demokratie 79

HANS-GERD JASCHKE
Gleichheit 103

STEFFEN KAILITZ
Freiheit 125

BIRGIT ENZMANN
Gewalt – Repression – Widerstand 147

WILFRIED VON BREDOW
Frieden – Krieg 167

TOM THIEME
Menschenrechte 191

BARBARA ZEHNPFENNIG
Volk – Nation – Gemeinschaft – Gesellschaft 213

LAZAROS MILIOPOULOS
Wahrheit 233

THOMAS MEYER
Sozialismus 257

TOM MANNEWITZ
Kapitalismus – Globalisierung 279

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER
Antifaschismus – Antikommunismus 301

SAMUEL SALZBORN
Geschichte 319

ECKHARD JESSE
Wahlen – Eliten 335

Autorinnen- und Autorenverzeichnis 359

Hanne Wurzel
Leiterin des Fachbereiches Extremismus
in der Bundeszentrale für politische Bildung

Vorwort

Sich beruflich mit politischem Extremismus zu befassen, ist zweifellos meist wenig erbaulich. Andererseits gibt es wohl kaum spannendere und dynamischere Themenfelder, und die Notwendigkeit, sich täglich damit auseinandersetzen zu müssen, was eigentlich die Demokratie ausmacht und was sie von politischem Extremismus unterscheidet, ist eine reizvolle wie anspruchsvolle Aufgabe. Eine sich schnell einstellende Erkenntnis lautet, dass die Übergänge fließend sind und Abgrenzungen schwerer fallen als zunächst vermutet. Ebenso verhält es sich mit grundlegenden Begrifflichkeiten, die sowohl Extremisten als auch Demokraten wie selbstverständlich gebrauchen, dabei jedoch vollkommen unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Idee, hier in Form von intensiven Analysen von Begriffen und deren Deutungen etwas Licht ins Dunkel zu bringen, leuchtete mir umgehend ein. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Nach den drei einführenden Essays werden 13 Begriffe, Begriffspaare oder Begriffsfamilien regelrecht auseinandergenommen, um den unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten auf den Grund zu gehen.

Wissen über politischen Extremismus zu vermitteln, um so die Demokratie zu stärken, ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Dieser Band soll aufklären, zum Nachdenken anregen und gern auch Widerspruch hervorrufen. Eine kontrovers geführte Verständigung über zentrale Begriffe des politischen Diskurses ist eine Bedingung des Gelingens demokratischer Meinungsbildung. Hierzu möchten wir Sie mit diesem Band gern aufrufen!

Bonn, im Oktober 2016

Gereon Flümann

Einleitung
Umkämpfte Begriffe – Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus

Einführung

Rechtsextremisten setzen sich für den Erhalt des vermeintlich bedrohten deutschen Volkes ein, indem sie deutschen Staatsbürgern, deren Aussehen von einer völkischen Vorstellung eines Deutschen abweicht, ihre Bürgerrechte absprechen. Gleichzeitig bekennt sich ebenjenes deutsche Volk laut Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes »zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten«. Irgendetwas scheint da nicht zusammenzupassen. Reden wir vom selben Volk? Die Verwirrung ist vollständig, wenn jene, die das, was viele unter Menschenrechten verstehen, offensichtlich ablehnen, selbst von sich behaupten, sie setzten sich für den Erhalt der Menschenrechte ein. Es liegt auf der Hand: Die Nutzung von Begriffen im politischen Diskurs unterliegt stets einer eigenen Deutung, die jeweils von der intendierten Wirkung und den politischen Grundüberzeugungen abhängt.

Es gibt wohl kaum einen politischen Begriff, unter dem jede Zuhörerin und jeder Zuhörer das Gleiche versteht. Die Eindeutigkeit beispielsweise im Bereich der Mathematik, in dem eine bestimmte Zahl lediglich einen bestimmten Wert haben kann, fehlt im Bereich der politischen Auseinandersetzung. Diese Feststellung ist mehr oder weniger banal und auch nicht weiter beklagenswert, solange die Deutungsoffenheit zentraler Begriffe bekannt ist und genügend Personen *annähernd* dasselbe unter Begriffen wie »Demokratie«, »Freiheit«, »Gleichheit« oder eben »Volk« verstehen. Schwierig wird es allerdings, wenn Begriffe bewusst umgedeutet oder übernommen werden, um sie in ihr Gegenteil zu verkehren oder um damit als diskursfähig wahrgenommen zu werden. Diese Strategie nutzen insbesondere extremistische Akteure rege, da die »klassische« Ausdrucksweise der extremistischen Szene oft wenig Anklang in breiteren Bevölkerungsschichten findet oder schlicht nicht verstanden wird. Die Nutzung positiv konno-

tierter Begriffe kann so als Türöffner herhalten, um für antidemokratische Ideen zu werben und Zielgruppen für Propaganda zu erschließen, die man ansonsten kaum erreichen würde.

Dieses Buch soll als Beitrag zu einer offenen Debattenkultur im Rahmen einer als Demokratiebildung verstandenen politischen Bildung wirken. Ziel ist es nicht, extremistische Begriffsdeutungen aufzudecken und daraufhin rigide aus dem politischen Diskurs auszuschließen. Vielmehr soll ein Bewusstsein über unterschiedliche Strategien und Mechanismen der Nutzung politischer Begriffe gestärkt werden. Eine demokratische, menschenrechtsbejahende, rechtsstaatliche Haltung einzunehmen, fällt leichter, wenn extremistische Vereinnahmungsstrategien schneller erkannt und entsprechend gekontert werden können.

Im Zentrum des Sammelbandes stehen daher 13 »umkämpfte Begriffe« oder Begriffsfamilien, die sowohl aus demokratischer als auch aus extremistischer Perspektive regelmäßig herangezogen werden, ohne dass immer Klarheit über die jeweilige Intention vorherrscht. Umkämpft sind diese Begriffe und ihre Inhalte vor allem deshalb, weil mit den meisten von ihnen gemeinhin etwas Positives verbunden wird. Wer möchte nicht gern als Streiter für Demokratie, Freiheit, Frieden, Wahrheit oder die Gemeinschaft wahrgenommen werden? Doch auch häufig eher negativ besetzte Begriffe wie »Krieg«, »Kapitalismus«, »Repression« oder »Gewalt« sind strategisch einsetzbar, um für nicht demokratische Anliegen zu werben. Natürlich kann nicht in jedem Fall klar zwischen demokratischen und extremistischen Deutungen unterschieden werden, und es gibt – wie so oft – Grauzonen. Auch die Zuschreibungen »demokratisch« und »extremistisch« selbst unterliegen stets einer bestimmten Perspektive, die ohne nähere Beschreibung des jeweiligen Begriffsverständnisses konturlos bleibt.

Was in der Politikwissenschaft alles unter dem Begriff der Demokratie verstanden wird, lässt sich aufgrund der schieren Fülle an Definitionen an dieser Stelle nicht referieren. Zwischen minimalistischen Demokratieverständnissen auf der einen und sehr detaillierten Kriterienkatalogen für die Demokratie auf der anderen Seite liegt ein weites Feld. Einfache Modelle, die lediglich Mehrheitsentscheide für notwendig erachten, um von Demokratie zu sprechen, vernachlässigen bisweilen fundamentale Bestandteile demokratischer Ordnungen wie Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit. Manche anspruchsvolle Definitionen, die neben Kernbestandteilen der Demokratie zum Beispiel auch allgemeinen Wohlstand, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu den klassischen Charakteristika der Demokratie zählen, bergen die Gefahr, dass ein kaum erreichbares Idealbild gezeichnet wird – und in der Folge viele Staaten nicht mehr als Demokra-

tien bezeichnet werden können, obwohl sie es in ihrer Anlage durchaus sind.

Daher liegt diesem Band ein mittleres, prozeduralistisches Demokratieverständnis[1] zugrunde, das sowohl demokratische Verfahren als auch die grundlegenden inhaltlichen Merkmale der Demokratie aufnimmt. Neben Mehrheitsentscheidungen als konstitutivem Element gehören demnach auch der Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als Mindestbestandteile zu einer demokratischen Ordnung. Die Legitimation von Entscheidungen durch Wahlen und Abstimmungen bei gleichzeitiger Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien ist für diesen Sammelband somit die Minimalbedingung, um von einer *Demokratie* (im Falle von Staaten) bzw. bei Befürwortung dieser Prämissen von *demokratisch* (im Falle von Parteien, Vereinigungen, Einstellungen, Programmen etc.) zu sprechen. Dementsprechend dienen die Begriffe *Extremismus* und *extremistisch* als Sammelbezeichnungen für politische Strömungen, die mindestens einen oder alle Bestandteile dieser Minimalbedingung im Wesentlichen ablehnen und sich folglich implizit oder explizit für eine nicht demokratische Gesellschaftsordnung einsetzen.[2]

Unter diese Definition des politischen Extremismus fallen unterschiedliche politische Strömungen, die inhaltlich oft wenig miteinander verbindet. Rechtsextremisten betonen eine aus Ungleichheit hervorgehende vermeintliche Ungleichwertigkeit der Menschen, wozu in der drastischsten Variante weder Wahlen noch allgemeine Menschenrechte oder rechtsstaatliche Verfahren passen. Religiöse Extremisten, die eine vermeintlich göttliche Ordnung herstellen wollen, können dabei aufgrund ihrer Ideologie ebenso wenig Rücksicht auf die Minimalbedingungen der Demokratie nehmen. Linksextremisten ordnen die genannten Minimalbedingungen einem utopistischen Gleichheitsideal unter. Um die eigene Vorstellung menschlicher Gleichheit zu erreichen, nehmen sie zum Beispiel keine Rücksicht auf individuelle Menschenrechte. Hiermit sind die drei bedeu-

1 Vgl. Wolfgang Merkel, Vergleich politischer Systeme. Demokratien und Autokratien, in: Manfred G. Schmidt u. a. (Hrsg.), Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 217–220.

2 Dieser Ansatz folgt im Wesentlichen den Arbeiten von Uwe Backes und Eckhard Jesse, vgl. statt vieler: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005. Auch wenn dieser Ansatz sowohl politikwissenschaftlich als auch gesellschaftlich umstritten ist, soll er hier Verwendung finden. Siehe für die Diskussion um den vergleichenden Extremismusbegriff den Schwerpunkt »Debatte: Extremismustheorie«, 29.1.2015, http://www.bpb.de/200097 (12.10.2016). Dort findet sich auch eine ausführliche Literaturliste.

tendsten extremistischen Strömungen kurz und zugegebenermaßen unzulänglich umrissen.[3] Strukturell weisen die verschiedenen Formen des politischen Extremismus gleichwohl einige Gemeinsamkeiten auf. Diese sind unter anderem ein absoluter Wahrheitsanspruch, Dogmatismus, ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, Fanatismus, beabsichtigte ganzheitliche Kontrolle und Homogenität der Gesellschaft.[4] Ein anderer wissenschaftlicher Zugang zum Begriff des Extremismus führt über die Gegenüberstellung von Pluralismus, also der Zulässigkeit einer Vielfalt von Meinungen, Lebensformen, Einstellungen etc., einerseits und Monismus, das heißt dem Streben nach Einheit ohne Vielfalt, andererseits.[5] Im Ergebnis werden bei folgerichtiger Anwendung der Maßstäbe beider Ansätze letztlich dieselben Phänomene betrachtet.

Der Terminus »Extremismus« soll in diesem Sammelband als analytischer Begriff verwendet werden. Hiermit ist keine Gleichsetzung beabsichtigt. Wer den Extremismusbegriff differenziert nutzt, erklärt damit nicht alle Formen des politischen Extremismus für jederzeit gleich gefährlich für die Demokratie. Aus demokratischer Perspektive ist eine solche Verwendung – je nach Erkenntnisinteresse – durchaus angebracht, denn so sind vergleichende Einordnungen über das Gefährdungspotenzial extremistischer Phänomene überhaupt erst möglich. In den einzelnen Beiträgen des Sammelbandes bietet sich ein vergleichender Extremismusbegriff an, um aus demokratischer Perspektive die unterschiedlichen Vereinnahmungen von Begriffen zu veranschaulichen und den Blick für demokratiefeindliche sowie für demokratische und zwischen den Polen angesiedelte Positionen zu schärfen.

---

3 Siehe für ausführliche Darstellungen der einzelnen Phänomene z. B.: Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015[2]; Tilman Seidensticker, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2016[4]; Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014.

4 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 298 – 311; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 15.

5 Vgl. im englischsprachigen Bereich vor allem Seymour M. Lipset/Earl Raab, The Politics of Unreason, Right-Wing Extremism in America, 1790 – 1977, Chicago-London 1978[2], S. 6; in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften zieht insbesondere Samuel Salzborn diesen Ansatz zurate: Extremismus und Geschichtspolitik, in: Claudia Fröhlich et al., Jahrbuch für Politik und Geschichte, Bd. 2, Stuttgart 2011, S. 17 – 19.

Aufbau

Vor der Analyse einzelner Begriffe und deren Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus stehen drei einführende Essays, die zum Thema hinführen sollen. Zunächst erläutert der Gießener Demokratieforscher Eike-Christian Hornig Entwicklungspfade zu einem Grundbegriff von Demokratie und nimmt dazu in einer vornehmlich historischen Betrachtung die Elemente näher in den Blick, die sich im Lauf der Zeit als konstitutionelle Merkmale der Demokratie herauskristallisiert haben. Einen Blick von außen wirft anschließend der an der University of Georgia lehrende Politikwissenschaftler Cas Mudde auf die extremistische Landschaft in Europa, die als Referenzpunkt des vorliegenden Sammelbandes gelten kann. Dabei verwendet er den Begriff des politischen Extremismus mit einer etwas anderen Stoßrichtung, indem er ihn nur für Gruppierungen nutzt, die demokratische *Verfahren* ablehnen. Politische Positionen, die demokratische Verfahren respektieren, jedoch demokratische *Inhalte* wie beispielsweise allgemeine Menschenrechte ablehnen, betitelt er als radikal, nicht als extremistisch. Beide Phänomene nimmt er unter die Lupe und arbeitet dabei anschaulich die Transformationen im antidemokratischen Spektrum Europas ebenso heraus wie die unterschiedlichen Herausforderungen, vor denen die europäischen Demokratien stehen. Abgerundet wird der einführende erste Teil des Bandes von einer Analyse der Rolle von Sprache im politischen Diskurs. Ulrich Sarcinelli benennt aus Sicht der Forschung zu politischer Kommunikation Voraussetzungen, Fallstricke sowie Instrumentalisierungen politischer Begriffe und zeichnet aktuelle Entwicklungen im politischen Sprachgebrauch nach.

Im Hauptteil werden dann ohne Anspruch auf Vollständigkeit 13 zentrale Begriffe bzw. Begriffspaare oder -familien hinsichtlich demokratischer und extremistischer Deutungsmöglichkeiten analysiert. Diese sind: *Demokratie* (Uwe Backes), *Gleichheit* (Hans-Gerd Jaschke), *Freiheit* (Steffen Kailitz), *Gewalt – Repression – Widerstand* (Birgit Enzmann), *Frieden – Krieg* (Wilfried von Bredow), *Menschenrechte* (Tom Thieme), *Volk – Nation – Gemeinschaft – Gesellschaft* (Barbara Zehnpfennig), *Wahrheit* (Lazaros Miliopoulos), *Sozialismus* (Thomas Meyer), *Kapitalismus – Globalisierung* (Tom Mannewitz), *Antifaschismus – Antikommunismus* (Armin Pfahl-Traughber), *Geschichte* (Samuel Salzborn) sowie *Wahlen – Eliten* (Eckhard Jesse).

Dank

Von der Idee bis zur Veröffentlichung haben viele Personen dazu beigetragen, dass der Sammelband in dieser Form (als Buch und auch als E-Book) vorliegt. Vor allen anderen gilt mein Dank den Autorinnen und Autoren, die nun mit ihren Essays und Analysen zu einer vertieften Auseinandersetzung mit den umkämpften Begriffen einladen. Es entspricht dabei der Grundidee des Bandes, dass es sich nicht um letztgültige Schlüsse handelt, sondern um Anregungen, die als Grundlage einer weitergehenden Diskussion dienen mögen. Ohne das Lektorat von Eik Welker, das sowohl die Autorinnen und Autoren als auch den Herausgeber forderte, jedoch der Lesbarkeit ungemein förderlich war, wäre dieses Buch ein anderes. Ihm gilt mein besonderer Dank. Für Tipps, Kritik und Ideensammlung sowie Verwaltung und Organisation danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Fachbereichen Print und Extremismus in der Bundeszentrale für politische Bildung. Alle verbliebenen herausgeberischen Unzulänglichkeiten gehen selbstverständlich auf meine Kappe.

Bonn, im Oktober 2016

Eike-Christian Hornig

Drei Entwicklungspfade zu einem Grundbegriff von Demokratie

1 Einführung

»Demokratie« ist einer der zentralen Begriffe der Politik. Seine Entstehung reicht bis in die Antike zurück, seitdem aber hat er einen weitreichenden Wandel erfahren. Lange Zeit wurde Demokratie als lokale Versammlungsherrschaft oder unmittelbare Volksgewalt verstanden, instabil und nur für Kleinstaaten anwendbar. Bei Aristoteles (384–322 v. Chr.) ist Demokratie die Herrschaft der Mehrheit der Bevölkerung aus Freien, aber Armen, wobei immer die latente Gefahr der Despotie durch die Mehrheit besteht, zum Beispiel wenn Demagogen auf den Plan treten. Daher sieht Aristoteles die meisten Vorzüge in einer Mischform aus Demokratie und Aristokratie.[1]

Ab dem 17. und 18. Jahrhundert führte eine Vielzahl von Entwicklungen zu einer neuen Vorstellung von Demokratie, was vor allen Dingen mit politischen Veränderungen in den USA, Großbritannien und Frankreich zusammenhing. Vergleichsweise frei von den historischen Zwängen europäischer Staaten konnte sich mit der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Konstitutionalisierung der Vereinigten Staaten erstmals ein politisches Gemeinwesen formieren, das in seiner Begründung der Herrschaft streng auf die Legitimation durch die Beherrschten setzte. Zusammen mit Grundrechten wurde dies auch in einer Verfassung erstmalig festgeschrieben, auch wenn diese Verfassung noch verschiedene undemokratische Defizite aufwies.

Danach kristallisierte sich immer deutlicher eine neue politische Ordnung heraus, die unter dem Begriff der Demokratie schrittweise Volksherrschaft, Rechtsstaat und die Repräsentation von Interessen miteinander vereinte. Spätestens seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist »Demokratie« weltweit ein positiv besetzter Begriff, für den es gleichwohl keine einheitliche Interpretation gibt. Sowohl im alltäglichen Gebrauch als auch in der akademischen Beschäftigung wird Demokratie auf verschiedene Weise

1 Aristoteles, Politik – Viertes Buch, Übersetzung von Eugen Rolfes, Hamburg 1981.

definiert und sogar instrumentalisiert. Der Grund liegt in der Komplexität von Demokratie als ein System vielfältiger Ansichten, Regeln und Verfahren. Oftmals wird die Demokratie, gewollt oder ungewollt, dabei auf die Volkssouveränität reduziert und andere Eigenschaften werden in den Hintergrund gedrängt.

Trotz ihrer Komplexität soll Demokratie aber einer alltäglichen Nutzung und Interpretation offenbleiben, denn sie basiert auf der breiten Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger, die sich einen eigenen Begriff von ihr machen können müssen. Die Vermittlung zwischen Alltagsgebräuchlichkeit und Komplexität von Demokratie bedarf daher immer wieder großer Anstrengungen von politischer Bildung und Politikwissenschaft. In diesem Sinne lassen sich trotz aller Definitionsschwierigkeiten von Demokratie in politischer Praxis und Wissenschaft drei grundlegende historische Entwicklungspfade ausmachen, die zur Entstehung der heutigen Demokratie beigetragen haben. Die Richtung der Entwicklung war dabei keineswegs klar, da es selten um das Ziel Demokratie ging. Die wenigsten bedeutenden Denker, die wesentliche Bausteine für die Entwicklung der Demokratie beigetragen haben, hatten dies im Sinn, als sie ihre Schriften verfassten. Dennoch haben sich über Jahrhunderte zahlreiche Ereignisse zu drei Entwicklungspfaden verdichtet, an deren Ende folgende Eigenschaften eines Grundbegriffes von Demokratie stehen:

(1) die Autorisierung von Herrschaft durch das Volk als Ergebnis eines partizipativen Entwicklungspfades zur Demokratie;

(2) die Eingrenzung dieser Herrschaft durch das Recht, insbesondere die Sicherung von Menschenrechten, vor allem durch Verfassungen als Ergebnis eines konstitutionellen Entwicklungspfades zur Demokratie;

(3) die Repräsentation von gesellschaftlichen Interessen durch politische Organisationen als Ergebnis eines repräsentativen Pfades zur Demokratie.

Im Folgenden werden diese drei Entwicklungspfade dargestellt, wohl wissend, dass ein solcher Ansatz nur Schlaglichter auf die Geschichte der Demokratie werfen kann. Es geht auch nicht um eine systematische Synthese der sehr breiten Literatur über Demokratiekonzepte. Ziel ist es lediglich, zentrale Entwicklungsverläufe zu einem Grundbegriff von Demokratie zu verdichten, der aufgrund seiner Allgemeinheit mit vielen Demokratiekonzepten kompatibel sein dürfte. Dazu werden für jeden Entwicklungspfad ideengeschichtliche Impulse, Prozesse der historischen Umsetzung sowie heutige Ausprägungen umrissen. Abschließend werden einige aktuelle Entwicklungen auf diesen Pfaden skizziert, um auch auf neue mögliche Herausforderungen von Demokratie zu deuten.